

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Landesverband Schleswig-Holstein

Kleiner Parteitag 24.02.2007

AntragstellerInnen:

Monika Heinold, KV Kiel
Robert Habeck, KV Schleswig-Fl.
Marlies Fritzen, KV Ostholstein
Markus Stiegler, KV Kiel
Karl-Martin Hentschel, KV Plön
Konstantin von Notz,
KV Lauenburg
Rainer Steenblock, KV Pinneberg
Rasmus Andresen, KV Flensburg

Gegenstand:

Verwaltungsstruktur
reform

TOP 5 e

Der Kleine Parteitag möge beschließen:

Bürgernähe statt Bürokratie: Eine Verwaltung für die Menschen schaffen!

Die Verwaltungsstruktur in Schleswig-Holstein weist viele Mängel auf: Die Kreisgrenzen schneiden Städte von ihrem Umland ab, gemeinsame Aufgaben werden nur durch umständliche Zusammenarbeitsregelungen gemeinsam erledigt, die Amtsausschüsse setzen sich nicht durch Wahlen zusammen, die Kommunen sind häufig zu klein, die Aufgabenverteilung zwischen Land, Kreis und Gemeinden ist nicht klar. Nach unseren Berechnungen führt diese bürokratische Struktur auch zu unnötigen Kosten – Gelder, die wir besser in Bildung, Klimaschutz, Wirtschaftsförderung und Kultur stecken könnten.

Wir begrüßen es deshalb, dass - außer der FDP, die in den alten Strukturen verfangen ist - alle politischen Kräfte, aber auch die Wirtschaftsverbände, über eine notwendige Verwaltungsstrukturreform, einschließlich einer Gebietsreform, diskutieren und eigene Vorschläge entwickeln. Wir haben diese Debatte angestoßen, mit Konzepten unterlegt und wollen sie gewinnen.

Nach unseren Vorstellungen würde eine Verwaltungsstrukturreform zu mehr Bürgernähe führen und den Menschen wieder echte Entscheidungskompetenzen in ihren Kommunen geben.

Befasst:	Vertagt	Überwiesen an:	Abstimmung
Ja	Ja		Ja: ____
Nein	Nein	_____	Nein ____
			Enth.: ____

Rathäuser würden endlich zu Dienstleistungszentren für die Bürgerinnen und Bürger werden, wo man vom Nummernschild bis zum Personalausweis alle behördlichen Angelegenheiten erledigen kann. Wir fordern deshalb die Landesregierung auf, ein schlüssiges Konzept für eine Verwaltungs- und Gebietsreform vorzulegen, die sich an den Kriterien Bürgernähe, Demokratie, Effizienz und Funktionsbeschreibungen orientiert.

Es ist verheerend, dass CDU und SPD die Verwaltungsreformdebatte für parteipolitische Scharmützel missbrauchen. Dies hat dazu geführt, dass die Debatte negativ besetzt ist, dass nicht mehr nach der besten Lösung gesucht wird, sondern nach der besten Verhinderungsstrategie. Das ist das Gegenteil von dem, was wir beabsichtigen. Die BürgerInnen haben nun das Gefühl, ihnen soll etwas weggenommen werden. Dabei geht es darum, ihre Lust zu wecken, über neue Kompetenzen und Gestaltungsmöglichkeiten in ihrer Kommune zu diskutieren – und die Politik selbst zu gestalten.

Da die große Koalition nicht in der Lage ist, die positiven Aspekte einer solchen Reform darzustellen und zu kommunizieren, begrüßen wir es, wenn die BürgerInnen Schleswig-Holsteins selbst über unterschiedliche Konzepte abstimmen können. Wir treten schon lange für eine Stärkung der direkten Demokratie ein und halten insbesondere in diesem Fall, der so direkt Auswirkungen auf den Alltag der Menschen in ihrer Kommune hat, ein Volksbegehren für ein geeignetes Mittel.

Deshalb wird der Landesvorstand aufgefordert, für eine Bürgerbeteiligung zu werben. Deshalb wird die Landtagsfraktion aufgefordert, im Landtag für die Zulässigkeit der Volksinitiativen „Wir sind Dithmarschen, Nordfriesland, das Herzogtum etc. pp.“ zu stimmen.

In der Sache lehnen wir das Ansinnen der Bürgerinitiativen ab, dass eine Neuschneidung der Kreise nur mit der Zustimmung aller Kreistage beschlossen werden darf. Es wäre falsch und auch unlogisch, die Entscheidung von einer Repräsentationsebene nur auf eine andere zu verschieben. Deshalb wird die grüne Fraktion aufgefordert, das Begehren der Volksinitiativen in der Sache abzulehnen. Damit ist der Weg, die Menschen direkt über die Organisation ihrer Verwaltung abstimmen zu lassen, frei. Zu dem dann stattfindenden Volksbegehren, wird die grüne Landtagsfraktion aufgefordert, einen Antrag einzubringen, der das grüne Demokratieverständnis deutlich macht: Unsere Forderung, den Menschen mehr Mitbestimmungsrechte zu geben, gilt immer, auch, wenn der Inhalt einer Initiative nicht unseren Vorstellungen entspricht. Deshalb werden wir das Verfahren des Bürgerbegehrens nutzen, um für unsere Position zu streiten - und nach der Abstimmung das Ergebnis selbstverständlich akzeptieren.